

Andere Prioritäten Der Diskurs über den Klimawandel in Polen

von
Stephan Raabe und Janina Härtel
Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 15. Juni 2007

Der Klimawandel wird in Polen in Politik und Medien nur selten diskutiert und nicht als akute Gefahr wahrgenommen. Die Entwicklung der Wirtschaft und die Frage der Energieversorgung stehen im Vordergrund. Dementsprechend gering ist das Interesse in der Gesellschaft an der Thematik.¹

Zu den veröffentlichten drei Teilen des Uno-Klimaberichts² wie auch zum „Stern-Bericht“³ gab es kaum Reaktionen in Polen. Die Ergebnisse der Studien und einzelne Passagen wurden zwar in einigen Zeitungsberichten erwähnt und auch auf den polnischen Internetseiten von Greenpeace, von World Wide Fund For Nature (WWF) und den Befürwortern der Windenergie veröffentlicht, jedoch hat die polnische Regierung dazu keine offizielle Stellung bezogen. Diese distanzierte Haltung zeigt sich auch in der aktuellen Umfrage des Eurobarometers „Einstellungen zu Fragen der europäischen Energiepolitik“ von Februar 2007. Auf die Frage, ob der Klimawandel und die globale Erwärmung sie beunruhigen würde, verneinten 27 Prozent der polnischen Bevölkerung. Damit weist Polen den höchsten Prozentwert auf im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten, wo im Durchschnitt 12 Prozent mit „nein“ antworten. Nur 32 Prozent der polnischen Gesellschaft finden den Klimawandel besorgniserregend; in der EU insgesamt sind es 50 Prozent. 52 Prozent der polnischen Befragten sehen für die Zukunft keine Notwendigkeit, ihr bisheriges Verhalten beim Verbrauch von Energie zu ändern. Andererseits würden ebenfalls 52 Prozent Geld für Energiespargeräte ausgeben und immerhin 38 Prozent wünschen sich mehr Informationen und eine bessere Aufklärung durch die polnische Regierung über die Folgen des Klimawandels. Mit diesem Wunsch ist Polen führend unter den EU-Mitgliedsstaaten.⁴

¹ Konrad Niklewicz: „Andere Prioritäten, in: DIE ZEIT, Nr. 12, 2007.

² Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC-Bericht.

³ Sir Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und seit 2003 Berater im britischen Schatzkanzleramt, veröffentlichte im Oktober 2006 eine umfassende Wirtschaftsstudie zum Klimawandel. In diesem kündigt er an, dass die Kosten des Klimawandels dem Verlust von wenigstens 5 % des globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen werden, wenn nicht gehandelt werde. Ein entschlossenes globales Aktions- und Investitionsprogramm könnte allerdings diese Kosten reduzieren, zumindest um etwa 1 %.

⁴ Flash Eurobarometer 206a (02/2007): „Attitudes on issues related to EU Energy Policy“.

Politisch wird befürchtet, dass sich die Klimaschutzpolitik zum Nachteil von Polens Entwicklung auswirkt, wie zum Beispiel im Fall der Entscheidung über die jährliche Zuteilungsmenge der Emissionsberechtigungen. Polen als drittgrößter CO₂-Emittent in der Europäischen Union forderte ursprünglich Zertifikate für 284,6 Millionen Tonnen, diese wurden jedoch auf dem EU-Frühjahrgipfel im März 2007 auf 208,5 Millionen Tonnen festgesetzt, was die polnische Regierung heftig kritisierte, weil man dadurch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft befürchtet. Denn die Kürzungen werden zu Preissteigerung bei den CO₂-Berechtigungen führen, so dass eventuell die Produktion in einigen polnischen Anlagen, insbesondere in der Energiewirtschaft und der Zementindustrie, gedrosselt werden muss. Polen, so die Regierung, würde in seiner wirtschaftlichen Aufholjagd behindert, dagegen gewönnen Länder außerhalb der Europäischen Union Vorteile.

Ein aktuelles Beispiel des Umgangs mit Umweltpolitik ist der Streit um den Autobahnbau der Teilstrecke „Via Baltica“ durch das Naturschutzgebiet Rospuda-Tal bei Augustów und den Biebrza-Nationalpark im Nordosten Polens. Das einmalige Ökosystem des Sumpfgebietes im Rospuda-Tal, mit einem westlich des Ural einzigartigen unberührten Niedermoor, droht durch den Straßenbau zerstört zu werden. 20.000 Bäume sollen gefällt, massive Stahlbetonpfeiler aufgestellt werden. Der Lebensraum bedrohter Pflanzen, Tiere und zahlreicher seltener Vogelarten wird damit vernichtet. Das Straßenprojekt wurde trotz heftigster Proteste von polnischen und ausländischen Naturschutzverbänden durch den polnischen Umweltminister Jan Szyszko abgesegnet. Einer der führenden Köpfe der Protestaktionen in Polen ist der Journalist der liberalen großen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, Adam Wajrak. Der Vorschlag einer alternativen Autobahnstrecke über Lomza, die streckenweise fast deckungsgleich mit der schon vorhandenen Schnellstraße Nr. 61 ist, kein Naturschutzgebiet durchschneidet sowie ca. 40 km kürzer wäre als die kontroverse Variante, wurde von offizieller Seite abgelehnt.

Nachdem die polnische Regierung das ihr gestellte Ultimatum der Europäischen Kommission ignorierte, die Genehmigung für den Bau der Umgehungsstrecke um die Stadt Augustów binnen einer Woche zurückzuziehen, reichte die Kommission am 20. März Klage gegen Polen beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel ein mit der Begründung, dass die Entscheidung der polnischen Regierung nicht konform mit den EU-Regelungen sei und Umweltschäden solchen Ausmaßes nicht kompensiert werden könnten. Im Falle einer Niederlage vor dem Gerichtshof drohen Polen Bußgelder in Millionenhöhe sowie der Verlust der versprochenen Zuschüsse für den Bau der Autobahn.

Am 20. Mai fand zeitgleich mit außerordentlichen Kommunalwahlen in der Wojewodschaft Podlasie ein Referendum statt, in dem die Bevölkerung über den Verlauf der geplanten Umgehungsstraße abstimmen konnte. Das Referendum hatte die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit PiS auf den Weg gebracht, die die dafür notwendigen 50.000 Unterschriften in der Region sammelte. 90 Prozent der Teilnehmer an dem Referendum stimmten dem geplanten Bau der „Via Baltica“ durch das Rospuda-Tal zu, vor allem um eine schnellstmögliche Ent-

lastung des innerstädtischen Straßenverkehrs zu erreichen, der eine große Belastung und Gefahrenquelle für die Bevölkerung darstellt. Sie unterstützten damit Premierminister Jaroslaw Kaczynski (PiS), der die Bedeutung der Verkehrsanbindung für die wirtschaftliche Zukunft Polens unterstrich. Im Auslandsdienst des polnischen Rundfunks sagte er: *„Es gibt keine Gründe, hier nicht zu bauen. Die Einwände sind alle konstruiert, aber wenn wir uns ihnen anschließen, dann erklären wir uns einverstanden damit, unsere Chancen nicht zu nutzen.“*⁵ Da allerdings nur 20 anstatt der benötigten 30 Prozent der Wahlberechtigten an dem Referendum teilnahmen, hat das Referendum keine Gültigkeit. Auch bei Erreichen des Quorums hätte es jedoch keine bindende Wirkung gehabt. Die endgültige Entscheidung durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs über den Bau der Teilstrecke steht noch aus.

Die grüne Solidaritätsschleife zur Rettung des Rospuda-Tals ist mittlerweile in Polen zu einem populären "Zeichen" geworden.



⁵ Auslandsdienst des Polnischen Rundfunks: <http://www.polskieradio.pl/zagranica/de/dokument.aspx?iid=52779>